

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Es fehlt an vielem, vor allem an Geld

Nachdem im Juni das Bundeskabinett die Finanzplanung bis 2023 bestätigt hat, ist klar: der Bundeswehr werden langfristig die Mittel gekürzt. Im Gesetzesentwurf für den Haushalt 2020 sind es zwar noch 44,9 Milliarden Euro, immerhin 1,7 Milliarden mehr als 2019. Bis 2023 geht der Wehretat aber wieder auf 43,9 Milliarden zurück. Das sind dann noch 1,24% des deutschen BIP. Die Bundeswehr selbst weist für die kommenden Jahre Fehlbeträge von zusammengerechnet mehr als 40 Milliarden aus (2020: 6 Mia.; 2021: ca. 10 Mia.; 2022: ca. 13 Mia.; 2023: ca. 14 Mia.). «Der politischen Zusage entlang der Leitplanke der 1,5-Prozent-BIP-Projektion (die NATO verlangt 2%) müssen auch entsprechende steigende nachhaltige Finanzlinien folgen. Ein



Bild: Bundeswehr

Bald aus dem Gleichschritt: Finanzbedarf und Planung.

einzelner Jahressprung, zum Beispiel nur 2020, ohne Verstetigung mit steigendem Finanzplan hilft zwar dem Betrieb, vernachlässigt jedoch den dringenden Modernisierungsbedarf, der nur über langjährige Rüstungsinvestitionen sicher realisierbar ist», heißt es bei den Bundeswehrplanern. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bezeichnete das Budget für 2020 bereits als einen Beschluss mit «Licht und Schatten». Die Bundes-

wehr sieht deshalb düstere Zeiten auf sich zukommen. «Eine aufgabenorientierte Ausstattung bis zum Ende der kommenden Dekade ist nicht erreichbar», so die Wehrplaner. Der Verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Henning Otte, wirft denn auch der Regierung vor, seit geraumer Zeit Sicherheitspolitik aus der Portokasse zu betreiben und doppelt nach: «Um die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, sind sogar 1,5 oder zwei Pro-

zent vom BIP noch konservativ veranschlagt.» Als «absolut unzureichend» bezeichnet deshalb der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant André Wüstner, diese Budgetierung. Es steht die Glaubwürdigkeit der Bundeswehr und damit die von ganz Deutschland auf dem Spiel. Die Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit der NATO seien verheerend, so Wüstner. Dass man sich in Anbetracht dieser Umstände schwer auf «die deutschen Zusagen» verlassen könne, moniert auch der Sprecher der US-Botschaft in Berlin und erinnert an die Adresse Merkels: «Die Bundesregierung hat sich ihren NATO-Verbündeten gegenüber ausdrücklich dazu verpflichtet, die Verteidigungsausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des BIPs zu steigern – und eben nicht, sich noch weiter von diesem Ziel weg zu bewegen».

Türkei

Reform der Wehrpflicht

In der Türkei gilt ab sofort ein neues Wehrpflichtmodell. Präsident Erdogan gab am 25. Juni seinen Segen dazu und das Parlament ratifizierte den Gesetzesentwurf. Dieser wurde von der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) erst anfangs Juni eingereicht und in breiter Vernehmlassung durch alle Parteien sowie dem Verteidigungsminister gutgeheissen. Folge dessen werden Soldaten der Mannschafts- und Unteroffiziersränge ab sofort nur noch sechs Monate anstelle von einem ganzen Jahr Dienstpflicht leisten müssen. Für alle türkischen Männer über 18 gilt es, während einem Monat ihre militärische Grundausbildung zu absolvieren. Danach kann man sich für 31 000 tür-

kische Lira (umgerechnet etwa 5200 Schweizerfranken) vom Dienst freikaufen. Dieser Beitrag wurde verdoppelt, nachdem vor einem Jahr eine Welle von Freistellungsgesuchen die Armee überraschte. Wer nun nach den ersten sechs Monaten bleiben will, wird in jedem Fall – das ist neu – ein Gehalt von etwa 350 Franken pro Monat erhalten. Für Erdogan war es wichtig, dass alle Soldaten einen gerechten Sold erhalten. Den Dienst in den südöstlichen Provinzen zu leisten, lohnt sich umso mehr, dort gibt es nochmals etwa 150 Franken extra. Die Bedarfsquoten und Sollbestände werden von der Armee bestimmt, das Verteidigungsministerium stellt dann die Umsetzung und Personalbewirtschaftung sicher. In jedem Fall kann der Präsident die Dauer der Wehr-



Bild: @RTErdogan/Twitter

Müsste nur noch halb so lange Dienst leisten; Präsident Erdogan.

plicht selbstständig ändern (lassen), sie darf aber nicht weniger als sechs Monate dauern. Mit der Umsetzung dieses neuen Gesetzes werden voraus-

sichtlich 100 000 Soldaten entlassen und fast eine halbe Million Türken kommen für eine Freistellung vom Dienst in Frage.

Luxemburg

Estlands Datenspeicher

Als eines der sichersten Länder auf dem Kontinent, verwöhnt von politischer Stabilität und grossem Wohlstand, verfügt das Grossherzogtum derzeit über 23 Rechenzentren und hütet beispielsweise die Daten der Europäischen Union und der NATO. Nun sei hier aber eine neue Art von Diplomatie am entstehen, so Patrick Houtsch, Direktor des «Zentrums für Informations-technologien des Staates» in Luxemburg. Konkret, Estland hat als wohl erste Nation weltweit seinen Datenschatz ins Ausland ausgelagert. Vier zentrale estnische Datenbanken wurden bereits transferiert, sechs weitere sollen bis Ende September ihren Standort wechseln. Eine digitale und virtuelle «Datenbotschaft», extraterritorial und gänzlich von einer anderen Nation geschützt: staatlich garantierter «Speicherimmunität», ein weltweites Novum. Analog dem Wiener Übereinkommen über die diplomatischen



Bild: digital luxembourg

Zukunft: völkerrechtlich geschützte Cyber-Botschaften.

Beziehungen, soll hier ein Präzedenzfall im Sinne des Völkerrechts geschaffen werden. Der Weg dahin war kurz, aber heftig. Das total vernetzte Land im Baltikum, in welchem jeder Bürger sämtliche Geschäfte online tätigen kann, über eine digitale Identitätskarte verfügt, e-Voting zum Alltag gehört, nichts ohne Internet-Banking funktioniert und Gesundheitsakten prinzipiell online verwaltet werden, wurde im Jahr 2007 für längere Zeit durch Cyber-Angriffe (von pro-russischen Kräften im eigenen Land) lahmgelegt. Diese Abhängigkeit veranlasste die

Regierung, besondere Vorkehrungen für die Daten des Landes zu treffen. Spätestens seit der Annektion der Krim im Jahr 2014 wurde unter dem Stichwort «Datenkontinuität» daran gearbeitet.

«Um die Dienstleistungsfunktionalität und -kontinuität zu gewährleisten, müssen diese Fähigkeiten außerhalb der Grenzen des Landes entwickelt werden», steht in der estnischen Datenschutzpolicy. Denn selbst wenn sich eine Krise entwickelt, müssen die digitalen Authentifizierungs- und Autorisierungsdienste weiterhin in Betrieb bleiben.

«Die estnische Digital- und Informationsgesellschaft ist bereits so hoch entwickelt, dass es nicht mehr möglich ist, in eine Papierzeit zurückzukehren. Daher müssen wir unser Bestes tun, um die Cyber-Sicherheit zu gewährleisten,» sagt Siim Sikkut, der ICT-Berater der Regierung in Tallin. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte Estland zwei Möglichkeiten in Betracht gezogen: eine physische «Botschaft» für Daten in einem befreundeten Land oder eine virtuelle «Botschaft» für Daten in einer privaten öffentlichen Cloud. Gewählt wurde nun die erste Variante, bei welcher die Behörden von Luxemburg vom Zugriff auf die estnischen Daten konsequent ausgeschlossen wurden. Die Gesamtkosten betragen gemäss offiziellen Angaben ca. 300 000 Euro pro Jahr. Bereits hat auch das Fürstentum Monaco Interesse an einer luxemburgischen Cyber-Botschaft angemeldet, welche im Jahr 2020 online gehen soll. Weitere Länder dürfen demnächst folgen.

Israel

Rätsel um gestörte GPS-Signale

Die International Federation of Air Line Pilots' Associations (IFALPA), welcher sämtliche Piloten-Berufsverbände angehören, warnte Mitte Juni mittels einer NOTAM: «Achtung vor Verlust des GPS-Signals beim Anflug auf den Tel Aviv Flughafen.» Flugbesatzungen sollten sich des potentiellen Risikos bewusst sein, hoch konzentriert bleiben und beim Anflug auf Ben Gurion möglichst auch alternative Verfahren zur Landung planen. Der Grund für die Warnung: über mehrere Wochen berichteten Flugzeugbesatzungen von teils massiven

Ausfällen des GPS-Signals über und um den grössten israelischen internationalen Flughafen. Immerhin, die Regierung erklärte, dass es genügend Massnahmen gibt, sichere Starts und Landungen zu

ermöglichen. Zudem veröffentlichte die Israel Airports Authority (IAA) einen Bericht, wonach die Störungen ausschliesslich luftgestützte Systeme beträfen. Die IFALPA-Warnung war entsprechend



Bild: Wikimedia

Gezielter Angriff? Flughafen Ben Gurion, Tel Aviv.

dazu gedacht, dass die Piloten bereits vor dem Anflug andere Geräte zur Navigation verwenden sollen, sprich ihr GPS wenn immer möglich ausschalten würden. Das wäre das Sicherste, so die IAA, welche klar kommunizierte, dass die GPS-Ausfälle «keine Gefahr für Piloten und Passagiere darstellen». Bis Ende Juni schien aber niemand im Land so recht zu wissen, was die Gründe für den Signalverlust sein könnten. Die IAA sei zwar von Beginn weg damit beschäftigt gewesen, die Störquellen zu lokalisieren, aber deren Pressesprecher musste kleinlaut zugeben, dass seine Behörde nichts über deren Ursache wisse. Das Verteidigungsministe-

rium jedenfalls sah auch keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, da es sich (noch) nicht um einen sicherheitsrelevanten Vorfall handelt. Aber, die Vereinigung der israelischen Berufspiloten zeigt sich besorgt über diese «ungewöhnliche und weltweit einmalige Entwicklung. Für die Piloten seien die Vorkommnisse zwar nicht gefährlich, aber immerhin «unerwartet und man weiss

nie, wann das Jamming stattfindet und vor allem, wo es einen erwischt. Zudem sei dies gewiss kein lokal begrenzter Vorfall, sondern ein grosses und bedeutendes Ereignis.» Experten des Verteidigungsministeriums werfeissen deshalb, ob es sich dabei um einen Nebeneffekt von in Syrien stationierten russischen S-400 Luftabwehrsystemen handeln könnte oder um ge-

zielte Aktionen Russlands oder anderer Akteure aus den benachbarten nördlichen Ländern. Es sei aber unklar, ob die Störsignale stationärer Natur seien oder allenfalls von Schiffen emittiert werden und somit eine gezielte Störung vorliegt. Es sei sogar denkbar, dass jemand ungewollt in Israel und ohne «böswillige Absicht» lokal das GPS beeinträchtige. Denn bereits für 20 000 US\$

können Bausätzen erworben werden, mit denen man dann bis in 500 Kilometer Entfernung gezielt Signale stören kann.

Der russische Botschafter in Israel, Anatoly Viktorov, meinte auf die Frage, ob sein Land etwas damit zu tun habe, im IDF-Armeeradio knapp: «Das sind alles Fake News, die auf keinen Fall ernst genommen werden dürfen».

Venezuela

Vorwürfe an USA und Kolumbien

Die venezolanische Regierung hat nach eigenen Angaben einen Putschversuch verübt. Mehrere Offiziere hätten mit Unterstützung der USA, Kolumbiens und Chiles ein Attentat auf Präsident Nicolás Maduro im Juni geplant, sagte Kommunikationsminister Jorge Rodríguez.

Er warf zudem Oppositührer Juan Guaidó eine Verwicklung in die angeblichen Putschpläne vor. Sechs Verdächtige seien festgenommen worden. Maduro drohte, er würde «unerbittlich» auf einen

«faschistischen Putschversuch» reagieren.

Guaidó wies die Angaben umgehend zurück. Es sei das «x-te Mal», dass die Regierung solche Anschuldigungen erhebe, sagte der selbsternannte Übergangspräsident. Die Presse habe inzwischen den Überblick verloren, wie häufig Vorwürfe dieser Art erhoben worden seien. Guaidó wiederholte aber den Aufruf an die Streitkräfte, sich «an die Seite der Verfassung» zu stellen.

Kommunikationsminister Rodríguez sagte, eingeschleuste Agenten hätten die Vorbereitung des Putsches von Anfang an beobachtet. «Wir wa-

ren bei allen Treffen zur Vorbereitung des Staatsstreichs dabei.» Er warf dem kolumbianischen Staatschef Iván Duque, dem chilenischen Präsidenten Sebastián Piñera und dem Nationalen Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, John Bolton, eine Verwicklung in den gescheiterten Umsturzversuch vor.

Kolumbiens Außenminister Carlos Holmes Trujillo wies die Vorwürfe zurück. Sein Land arbeite in der Venezuelakrise lediglich mit «politischen und diplomatischen Mitteln». Der Chef der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Luis

Almagro, sagte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Trujillo, er habe selten etwas «Unseriöseres» gehört als Rodríguez' Angaben.

In Venezuela herrscht seit Monaten ein erbitterter Machtkampf zwischen Maduro und Guaidó, der von den USA und mehr als 50 weiteren Staaten anerkannt wird.

Ende April war ein Putschversuch von Teilen der Streitkräfte gegen Maduro gescheitert. Der umstrittene Staatschef kann nach wie vor auf den Rückhalt der Militärführung zählen und wird unter anderem von Russland unterstützt.

China

Atomrakete?

China rüstet seine Armee mit Nuklearwaffen auf. Erst kürzlich wurde laut einem Medienbericht eine neuartige Waffe getestet. Die Interkontinentalrakete JL-3 kann mit mehreren Sprengköpfen bestückt werden.

Am 2. Juni waren merkwürdige Spuren am Himmel über China und anderen Teilen Asiens zu sehen. Eine runde und leuchtende Wolke baute sich hoch am Himmel auf. Wie Militärexperten später erklärten, stammten die Himmelsspuren sehr wahrscheinlich von einer Rakete.



Chinesische U-Boote können mit Julang-3-Raketen ausgerüstet werden.

Nun verdichten sich die Hinweise, dass das chinesische Militär tatsächlich eine ballistische Interkontinentalrakete getestet

hat. Demnach handelt es sich um die Julang-3 (JL-3), die derzeit entwickelt wird. Laut einem Medienbericht sollen Mitar-

beiter des US-Verteidigungsministeriums das unter Berufung auf Informationen des Geheimdienstes bestätigt haben.

Die Rakete kann mit mehreren Atomsprengköpfen bestückt werden. Für den Test wurde die JL-3 wohl von einer Plattform im östlich von Peking gelegenen Golf von Bohai gezündet. Langfristig ist sie für den Start von U-Booten aus konstruiert.

Laut Militärexperten kann die Rakete bis zu 9000 Kilometer weit fliegen, genaue Angaben gibt es aber nicht. Die Sprengköpfe können auf unterschiedliche Ziele abgefeuert werden. Erstmals getestet

wurde die Rakete wohl im November des vergangenen Jahres. US-Militärsatelliten hatten den Flug beobachtet. Genau wie damals wollte das Pentagon den aktuellen Test nicht kommentieren.

Die JL-3-Rakete soll Teil eines Nuklearwaffenprogramms

sein, mit dem China seine Streitkräfte aufrüsten will. Dazu gehören neben Bodenraketen auch einige U-Bootgestützte Flugkörper und ein neuer Kampfbomber. Mit der JL-3-Rakete will das Reich der Mitte eine höhere Reichweite ihrer Nuklearwaffen erreichen,

als es mit dem Vorgängermodell JL-2 möglich war. Diese mehr als zehn Meter lange Waffe kann etwas mehr als 7000 Kilometer weit fliegen. Mit der JL-3 könnten nun auch Ziele in den gesamten USA erreicht werden, heisst es. China verfügt dem US-Mili-

tärgeheimdienst zufolge über einige der fortschrittlichsten Waffensysteme der Welt. Die chinesische Armee sei in manchen Bereichen bereits führend – dank geschätzter Militärausgaben von mehr als 200 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr.

Philippinen



Die zerstörte Stadt Marawi.

Kriegsrecht gegen Terrorismus

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte versprach, im Land einen unerbittlichen Kampf gegen Terrorismus und Drogen zu führen. Drei Jahre nach seiner Wahl ist der Terrorismus im Süden des Landes zurückgedrängt worden. Auch der Anti-Drogen Kurs scheint Resultate zu zeigen. Doch Duterte hält am Kriegsrecht fest – und wird dafür kritisiert.

Seit Beginn des Kampfs gegen Drogensüchtige und Dealer im Juli 2016 bis zum September 2018 starben laut Angaben der nationalen Antidrogenbehörde rund 5000 Menschen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) spricht von tausenden weiteren Opfern.

Menschenrechtler zeigen sich zudem wegen des seit zwei Jahren herrschenden Kriegsrechts in der südlichen Region Mindanao besorgt. Es wurde verhängt, nachdem am 23.

Mai 2017 maskierte Bewaffnete in die Stadt Marawi eingefallen waren. In ihren Händen: die schwarze Flagge des «Islamischen Staats».

Fünf Monate lang kämpfte die philippinische Armee gegen die Terroristen, die für Muslime wichtigste Stadt des Landes in ihre Gewalt bringen wollten. Doch obwohl der philippinische Präsident selbst vor einem Jahr verkündete, dass die Rebellen besiegt sind, blieb das Kriegsrecht aufrecht. Duterte fantasiert sogar laut darüber, den Ausnahmezustand auf das ganze Land auszuweiten.

Gleichzeitig verzögert sich der Wiederaufbau der zerstörten Stadt. Noch immer befinden sich rund 100 000 Bewohner in Übergangslagern oder übernachten in den Häusern von Verwandten. Ein Konsortium unter chinesischer Führung sollte ursprünglich die Bauvorhaben leiten, musste sich jedoch wegen rechtlicher und finanzieller Probleme zurückziehen.

USA

Cyber-Angriff gegen Iran

Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran findet auch im Cyberspace statt. So soll die US-Armee einen Cyber-Angriff auf die Revolutionsgarden durchgeführt haben. Nach dem Abschuss einer US-Drohne durch den Iran im Juni 2019 haben amerikanische Streitkräfte Medienberichten zufolge einen Cyber-Angriff gegen die iranischen Revolutionsgarden ausgeführt.

Der Angriff habe Computersystemen der iranischen Revolutionsgarden (IRGC) gegolten, die zum Abschuss und zur Kontrolle von Raketen genutzt worden seien. US-Präsident Donald Trump habe den Cyber-Angriff genehmigt gehabt.

Die IRGC hatten zuvor eine US-Überwachungsdrohne mit einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen. Trump hatte dann einen vorbereiteten Gegenangriff nach seinen Worten wenige Minuten vor dessen Ausführung gestoppt.

US-Amerikanischen Medien berichteten, das US-Verteidigungsministerium habe den Cyber-Angriff vorgeschlagen, nachdem die USA die IRGC für Attacken auf zwei Öltanker im Golf von Oman Mitte Juni verantwortlich gemacht. Der US-Angriff auf die Computersysteme sei über Wochen oder gar Monate vorbereitet worden.

Es hieß weiter, der Angriff durch das Cyber-Kommando der US-Streitkräfte habe zwar militärische Kontrollsyste-

der Revolutionsgarden im Iran lahmgelegt, aber nicht zu Opfern geführt. Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums in Washington wollte sich dazu nicht äußern.

Keine Bodentruppen

Präsident Donald Trump hat den Einsatz von Bodentruppen im Falle eines Angriffs seines Landes auf den Iran ausgeschlossen. In einem Interview mit dem Sender Fox Business sagte Trump, er wolle keinen Krieg mit dem Iran. Sollte es aber doch dazu kommen, sei sein Land in einer «sehr starken Position», so dass ein solcher Krieg «nicht lange dauern» werde und keinen Einsatz am Boden erfordere.

Der US-Präsident war im Mai 2018 aus dem internationalen Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen und verfolgt seitdem eine Politik des «maximalen Drucks». Er verhängte neue Sanktionen gegen Irans geistliches Oberhaupt Chamenei und kündigte auch Strafmaßnahmen gegen Außenminister Mohammad Dschawad Sarif an.

Der iranische Präsident Hassan Ruhani versicherte zuletzt in einem Telefonat mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, sein Land wolle «mit keinem Land» Krieg – auch nicht mit den USA. Der Iran habe auch kein Interesse daran, die Spannungen in der Region zu verschärfen, fügte Ruhani hinzu.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider